Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 8. Mai 1881. Nr. 213.

Deutschland.

** **Berlin**, 6. Mai. Der diesjährige Sommerfahrplan der deutschen Eisenbahnen giebt zu einigen Bemerkungen Anlaß. Derselbe, vom 15. Mai gültig, bringt nicht allein die übliche Vermehrung der Personenzüge, welche auf dem Reise- und Badeverkehr zurückzuführen ist, sonderu auch eine erhebliche Anzahl neuer lokaler Verbindungen, denen ein längerer Bestand gesichert zu sein scheint. In dieser Hinsicht werden, wie nicht zu bezweifeln ist, die Vortheile der inzwischen vollzogenen Verstaatlichung verschiedener Bahnen erkennbar hervortreten. In erster Reihe steht die Einrichtung zweier Nachtschnellzüge zwischen Berlin nnd Frankfurt a. M. Die Abfahrt erfolgt von dem Potsdamer Bahnhofe um 8.$_{15}$ Abends und wird Frankfurt über Nordhausen und Kassel am anderen Morgen um 7.$_{15}$ erreicht. In der entgegengesetzten Richtung soll der neue Zug um 10 Abends Frankfurt verlassen und am andern Tage um 10.$_{35}$ Vorm. in Berlin anlangen. Da die Anschlüsse von und nach Basel, Straßburg u. s. w in beiden Richtungen gesichert sind, so läßt sich annehmen, daß die neuen Züge sich bald einer großen Beliebtheit erfreuen werden. Namentlich dürfte nunmehr den vielfachen Klagen vorgebeugt sein, welche während der Reisesaison gegen die Ueberfüllung der Wagen auf den anderen Routen erhoben wurden. Eine fernere Neuerung soll die Verbindungen zwischen der Provinz Schlesien einerseits, Baiern und dem Südwesten Deutschlands andererseits über Dresden und Hof fördern. Zu diesem Zwecke werden zwei Tagesschnellzüge zwischen Görlitz bezw. Kohlfurt und Reichenbach eingelegt. Nach Abfahrt von Breslau um 10.$_{15}$ Vorm. wird Dresden um 4.$_{11}$ Nachm. und München am andern Tage um 8 Morgens erreicht. In umgekehrter Richtung erfolgt die Abfahrt von München um 7.$_{5}$ Abends, von Dresden um 10.$_{15}$ Vorm. und die Ankunft in Breslau um 4 Nachm. Für den deutsch-englischen Verkehr ist der nächste und geradeste Weg durch die Niederlande über Vlissingen adoptirt, was von großer Wichtigkeit ist, während bisher fast ausschließlich die Linie über Ostende und Calais benutzt wurde. Schon bald nach der Verstaatlichung der Magdeburg-Halberstädter, der Köln-Mindener und der rheinischen Bahnkomplexe, nämlich vom 15. Oktober v. J. ab, konnte durch Verschiebung des Köln-Berliner Expreßzuges die Vlissinger Route in Vendo über Wesel und Oberhausen angeschlossen werden, so daß, wer vermittelst derselben London um 8.$_{30}$ Abends verläßt, in Berlin am andern Tage um 10.$_{15}$ Abends anlangt. Nun soll auch der Gegenzug ins Leben treten. Die Abfahrt von Berlin wird 8.$_{10}$ Vorm. vom Lehrter Bahnhof aus, die Ankunft in Vlissingen über Oberhausen, Wesel und Boxtel (nicht Venlo) um 10 Abends erfolgen. Zur Weiterfahrt stehen nach kurzem, für die Einschiffung ausreichenden Aufenthalte die wegen ihres ruhigen Ganges und ihrer vortrefflichen Ausstattung vielfach gerühmten Dampfer der Niederländischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft zur Verfügung. Dieselben legen am andern Tage um 6 früh auf der Themse in Queenborough an, von wo aus nach kurzer Uebergangszeit n etwa anderthalb Stunden die englische Hauptstadt erreicht wird. Es ist sonach möglich, während einer etwa 62 Stunden dauernden Abwesenheit von Berlin 12½ Stunden — von 8 früh bis 8.$_{30}$ Abends — in London den Geschäften nachzugehen. Dabei wird auf der Hin- wie bei der Rückfahrt zwischen Queenborough und Vlissingen die Gelegenheit geboten, 6—8 Stunden bequem der Nachtruhe zu pflegen. Die Einrichtung dieser Verbindung konute ohne Preisgebung einzelner lokaler Annehmlichkeiten nicht zur Durchführung gelangen. Die Abfahrt von Berlin mit dem Tagesschnellzuge von dem Lehrter Bahnhofe aus ist fast um eine Stunde — anstatt um 9 bereits um 8.$_{10}$ Vormittags — vorgelegt. Eine ähnliche Vorschiebung erfährt übrigens auch der Berlin-Königsberger Tagesschnellzug, welcher vom 15. Mai cr. ab schon um 9, anstatt um 9.$_{45}$ Vormittags abfahren soll. Es geschieht dies zu Gunsten mehrer wichtiger Seitenverbindungen, deren Anschluß unaufschiebbar erschien und sich nur auf diese Weise bewirken ließ. Im Allgemeinen zeigt sich seit längerer Zeit eine Stabilität der deutschen Fahrpläne, welche nicht minder den Reisenen, wie den Bahnverwaltungen zu Statten kommt und wohl unzweifelhaft mit der Vollendung der durchgehenden Hauptlinien für den internationalen Verkehr im Zusammenhange steht.

Die „Nat.-Ztg." sagt heute u. A., für den Reichskanzler gebe es eine abgeurtheilte Sache nur, wenn sie in seinem Sinne entschieden sei. Unabhängig von der Möglichkeit augenblicklicher Durchführung bringe er den abgewiesenen Antrag wieder, spreche, agitire dafür. Das sei tief unparlamentarisch, sogar absolut antiparlamentarisch. Abgesehen von der Frage der allgemeinen Richtigkeit dieser Behauptung, die wir heute nicht beleuchten wollen, ist zu bemerken, daß die Vorlage auf Abänderung der Verfassung behufs Aufhebung der alljährlichen Budgetberathung von der „Nat.-Ztg." sehr unrichtig als Beispiel benutzt wird, daß der Kanzler einen abgewiesenen Antrag wieder einbringe. Denn diese Vorlage ist in der vorigen Session eingebracht, aber dann, wie der Kunstausdruck lautet, in der Kommission begraben worden. Will die „Nat.-Z." nun behaupten, daß schon das bloße Begraben in der Kommission die Regierung verpflichten solle, von einem gesetzgeberischen Plane, wie dringend immer die Gründe für denselben sein mögen, abzusehen? Soll die Regierung nicht einmal das Recht haben, ihre Gründe vor dem Reichstage und vor dem Lande zu entwickeln? Dies wäre eine Auffassung des Parlamentarismus, die nicht einmal richtig ist für die Länder, in welchen eine parlamentarische Regierung besteht.

In der Sitzung vom 3. Juni 1870 hat der Bundesrath beschlossen, daß die von den Steuerbehörden eines norddeutschen Staates ertheilten Anerkenntnisse über Branntwein-Steuer-Bonifikationen bei den Steuerkassen eines anderen Staates in gleicher Weise in Zahlung auf geschuldete Branntweinsteuer gegeben werden können. Das Bedürfniß einer gleichen Bestimmung macht sich jetzt bezüglich der über die Bonifikationen für exportirten Zucker ausgestellten Anerkenntnisse geltend. Es wird dem allseitigen Interesse entsprechen, daß der Zuckerfabrikant eines Staates, der über ein Ausgangsamt eines anderen Staates exportirt, die erhaltenen und zur kompensirenden Ausgleichung der Steuer bestimmten Anerkenntnisse da verwenden kann, wo die Steuer fällig geworden ist. Hierzu kommt noch ein anderer Umstand. Nach dem Schlußprotokoll zu der Uebereinkunft vom 25. April 1861 können diese Anerkenntnisse nur bei den Hebestellen desjenigen Bundesstaats, von dessen Behörde sie ausgestellt sind, in Zahlung für zu zahlende Rübenzuckersteuer gegeben werden und sind frühestens am 15. des dritten Monats nach demjenigen Monat, für welche die Liquidation lautet, baar einzulösen. Durch den Beschluß des Bundesraths vom 19. März d. J. ist das Hauptzollamt Brake zur Abfertigung von Zucker gegen Zoll- und Steuervergütung ermächtigt worden. In Oldenburg sind keine Rübenzuckerfabriken. Man würde daher bezüglich der Abfertignng durch das Amt Brake nicht in der Lage sein, Anerkenntnisse, die bei der Entrichtung von Rübenzuckersteuer in Zahlung zu nehmen wären, ausstellen zu können. Es erscheint daher der unterm 2. Mai von Seiten Oldenburgs beim Bundesrath gestellte Antrag gerechtfertigt, zu beschließen, daß in gleicher Weise wie dies für Anerkenntnisse über Branntweinsteuer-Bonifikationen bestimmt ist, die Anerkenntnisse über die Zoll- und Steuervergütungen für ausgeführten Zucker behandelt werden.

Berlin, 7. Mai. In der Sitzung der internationalen Münzkonferenz legten die deutschen Bevollmächtigten den Standpunkt der Reichsregierung dar. Wir sind in der Lage, das interessante Aktenstück welches bereits telegraphisch avisirt wurde, seinem Wortlaut nach mittheilen zu können. Herr v. Thielemann verlas die folgende Erklärung:

Indem die kaiserliche Regierung an dieser zum Behufe einer internationalen Münzeinigung auf bimetallistischer Basis einberufenen Konferenz theilnimmt, denkt sie der Freiheit ihrer Entschließung über ihre demnächstige Stellung nach keiner Richtung hin zu präjudiziren, und die Erklärungen ihrer Delegirten dürfen nicht als endgültig bindend für die kaiserliche Regierung betrachtet werden; sie würden vielmehr als Grundlage für spätere Verhandlungen dienen.

Nachdem gegen Ende der 60er Jahre in den Hauptkulturstaaten eine mächtig entwickelte Strömung zu Gunsten der Goldwährung zu Tage getreten war, und als bald hierauf eine bedeutende Menge Goldes nach Deutschland strömte, nahm die Regierung die Gelegenheit wahr, die bisher zersplitterten Währungssysteme des Reiches auf der Goldbasis einheitlich neu zu regeln und sicher zu fundiren. Wenn Deutschland damals die Silberwährung beibehalten oder die Doppelwährung angenommen hätte, so wäre die Einführung der Goldwährung in anderen Staaten um so sicherer zu gewärtigen gewesen, als durch eine deutsche Doppelwährung die Abstoßung des Silbers erleichtert worden wäre. Die auf Grund der eingehendsten Erwägungen beschlossene Münzreform ist inzwischen mit einem Netto-Kostenaufwand von rund 44 Millionen Mark sehr weit gefördert worden, indem einestheils rund 1747 Millionen Mark Goldmünzen ausgeprägt, anderntheils rund 1080 Millionen Mark alte Landessilbermünzen eingezogen worden sind, während nach der weitgehendsten Schätzung unter Einrechnung der österreichischen Thaler nur noch ungefähr 500 Millionen Mark Einthalerstücke im Verkehr sind.

Durch die Münzreform ist die Lage des deutschen Geldwesens eine wesentlich bessere geworden, da sich sowohl der Metallgeldumlauf auf den Kopf der Bevölkerung gehoben, als auch dessen Zusammensetzung sich insofern gebessert hat, als auf den Kopf der Bevölkerung der Goldumlauf erheblich gemünzen, sowie der Umlauf an Silber- und Scheidestiegen, dagegen an ungedecktem Papiergeld gesunken ist. Wenn wir hiernach die monetäre Situation Deutschlands für eine sichere halten, so verkennen wir doch nicht die Tragweite der mit der inzwischen eingetretenen Silberentwerthung verbundenen nachtheiligen Wirkungen.

Eine Hauptursache dieser Silberentwerthung wird im Allgemeinen nicht sowohl auf die deutschen Silberverkäufe als auf den Umstand zurückgeführt, daß in Deutschland dem Silber die Eigenschaft eines Kurantgeldes für die Zukunft entzogen, und im Zusammenhang hiermit auch im Bereiche der lateinischen Münzkonvention die Silberprägung eingestellt wurde. In der That läßt sich nicht verkennen, daß durch die Einstellung der Silberausprägung im lateinischen Münzbund der Regulator, welcher bis dahin die relativen Werthschwankungen der beiden Metalle auf die engsten Grenzen beschränkt hatte, beseitigt und das Silber einer fortschreitenden starken Entwerthung freigegeben wurde, wobei allerdings anzuerkennen ist, daß hauptsächlich die Gefahr, vielleicht eine halbe Milliarde Mark und mehr deutsches Silber aufnehmen zu müssen, den Münzbund zu dieser, seinen eigenen beträchtlichen Silberumlauf erheblich entwerthenden Maßregel veranlaßte. Ungeachtet dieser Vorgänge hätte die Silberentwerthung einen solchen Umfang nicht angenommen, wenn nicht gleichzeitig eine erhebliche Steigerung der Silberproduktion in Amerika gegenüber einer Minderung des Silberbedarfs Indiens und Ostasiens eingetreten wäre.

Angesichts dieser Erscheinungen hat die kaiserliche Regierung im Mai 1879 die Silberverkäufe eingestellt und auch seither nicht wieder aufgenommen. Hierdurch ist einestheils einer weiteren Verschärfung der Situation auf dem Silbermarkte vorgebeugt und denjenigen Staaten, welche die Rehabilitirung des Silbers anstreben, das Vorgehen erleichtert worden. Anderntheils kamen in Folge dieser Maßregel auch die außerordentlichen Goldankäufe in Wegfall, eine um so bedeutungsvollere Wirkung, als in den letzten Jahren in Folge der verminderten Goldzufuhr gegenüber einer gesteigerten Goldnachfrage bereits eine gewisse Spannung auf dem Goldmarkte eingetreten ist.

Daß die Rehabilitirung des Silbers im Allgemeinen erwünscht ist und sich durch die Freigabe der Silberausprägung in einer Anzahl der auf dieser Konferenz vertretenen volkreichsten Staaten nach einem zwischen Gold und Silber zu vereinbarenden Werthverhältnisse erreichen lassen wird, erkennen wir völlig an. Deutschland indeß, dessen Münzreform bereits in so erheblichem Grade vorgeschritten ist, und dessen allgemeine monotaire Situation nicht zu so weitgehenden Systemsänderungen einladet, steht sich nicht in der Lage, auch seinerseits die Silberausprägung freizugeben. Seine Vertreter können daher einem dahin zielenden Vorschlage nicht beistimmen. Die k. Regierung ist andererseits durchaus nicht geneigt, die Bestrebungen derjenigen Mächte zu unterstützen, welche behufs einer Rehabilitation des Silbers auf Grund der Freigabe von dessen Ausprägung zusammentreten wollen. Zur Erreichung dieses Zieles und, um diese anderen Mächte gegen ein bedrohliches Zuströmen des deutschen Silbers zu ihren Münzstätten zu schützen, ist die kaiserliche Regierung geneigt, sich selbst Beschränkungen aufzuerlegen:

Während eines bestimmten auf einige Jahre zu bemessenden Zeitraums würde sie überhaupt von Silberverkäufen absehen und demnächst für den Fall der Wiederaufnahme der Silberverkäufe jährlich nicht mehr als ein bestimmtes Quantum veräußern. Die Dauer dieser Zeiträume und die Menge des während der zweiten Periode zu verkaufenden Silbers würden durch besondere Verhandlungen festzustellen sein.

Ein solches Arrangement würde diejenigen Staaten, welche die Silberausprägung frei gegeben haben, dagegen schützen, daß ihren Münzstätten über gewissen Grenzen hinaus deutsches Thalersilber durch Verkäufe der Regierung zugeführt wird. Privatpersonen oder die denselben gleichstehende Reichsbank könnten für ihre Rechnung den Münzstätten des Münzbundes deutsches Thalersilber nur in dem Falle zuführen, daß die Handelsbilanz sich für Deutschland ungünstig gestaltet, oder daß das durch Gründung des bimetallistischen Münzbundes wiederhergestellte Verhältniß von 1 : 15½ sich wesentlich zu Gunsten des Silbers ändern sollte. Diese letztere Annahme hat übrigens kaum eine Wahrscheinlichkeit für sich. In allen anderen Fällen müßte naturgemäß der Export des Thalersilbers dem Unternehmer Verlust bringen, und es liegt also in dieser Hinsicht für die Länder des Münzbundes kein Grund zu Befürchtungen hinsichtlich einer Ueberschwemmung durch deutsches Silber vor. Ueberdies könnten dergleichen Operationen noch durch ein Verbot der Annahme von Thalerstücken zur Umprägung bei den Münzstätten des Münzbundes erschwert werden, indem hiernach den Unternehmern vorweg die Kosten der Umschmelzung der Thaler in Barren zur Last fielen.

Im Falle eines Arrangements im oben gedachten Sinne bliebe es der autonomen Erwägung Deutschlands vorbehalten, ob es von der Befugniß zu Silberverkäufen innerhalb der festzusetzenden Grenzen Gebrauch machen will oder nicht. Um jedoch diese Grenze noch enger zu ziehen, würde Deutschland weitere Konzessionen in der Richtung machen können, daß es in seiner eigenen Geldcirkulation in geeigneter Weise Raum schaffte für einen dauernden umfangreicheren Gebrauch von Silber. Zu diesem Zwecke würde Deutschland sich unter Umständen verpflichten können, die goldenen Fünfmarkstücke in Höhe von 27¾ Millionen Mark, sowie die Reichskassenscheine zu 5 Mark in Höhe von 40 Millionen einzuziehen, ferner die silbernen Fünfmarkstücke in Höhe von 71 Millionen Mark und die silbernen Zweimarkstücke in Höhe von 101 Millionen Mark, bei deren Ausprägung das Pfund feinen Silbers in 100 Mk. ausgebracht ist, (was einem Werthverhältniß zum Golde von ungefähr 1 : 14 entspricht) unter Zugrundelegung eines höheren, dem Verhältnisse von 1 zu 15½ nahekommenden Werthverhltnisses umprägen zu lassen.

Dies sind die Konzessionen, zu denen die kaiserliche Regierung erbötig sein würde und deren Tragweite und Modalitäten ihre Vertreter näher zu erörtern bereit sind.

— In der gestrigen zweiten Berathung des Reichstages über die Vorlage, betreffend die Besteuerung der zum Militärdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen, wurde schließlich die Wehrsteuergesetz-Vorlage nahezu mit Einstimmigkeit verworfen.

— Die Kommission für das Trunksuchtsgesetz hat auf den Antrag des Abg. Reichensperger einen Zusatzparagraphen angenommen mit der Strafbestimmung gegen Wirthe, welche an betrunkene oder jugendliche Personen geistige Getränke verabreichen. Ueber den wichtigen § 2, hinsichtlich dessen eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen vorliegt, ist es zu einer Abstimmung noch nicht gekommen.

— Se. Majestät der Kaiser wird, wie die „N.-Z." aus Wiesbaden direkt erfährt, am 11. d. M. Nachmittags von dort wieder abreisen, am nächsten Tage früh in Berlin eintreffen. Am 13. d. M. nehmen dann die Truppenbesichtigungen bei Berlin und Potsdam ihren Anfang.

— In der Innungskommission wurde gestern durch Zettelwahl mit 11 gegen 9 Stimmen der Abgeordnete Graf Wilhelm Bismarck zum Referenten gewählt.

— Die „Nat.-Ztg." schreibt: Der Hauptvorschlag der deutschen Delegirten besteht in der Uebernahme internationaler Verpflichtungen bezüglich des Verkaufes des überschüssigen Silbers. Im Reichstag hatte der Abg. Sonnemann angeregt, sich zu dem successiven Verkauf des Silbers mit etwa 50 Millionen Mark per Jahr verbindlich zu machen. Der Vorschlag der Reichsregierung geht noch weiter, da er für einige Jahre die vollständige Suspension des Verkaufes in Aussicht stellt. Die Beseitigung der goldenen Fünfmarkstücke und der Fünfmarkscheine könnte nur gebilligt werden. Die Fünfmarkstücke sind eine unnütze Verzettelung des Goldes und die Fünfmarkscheine passen in keiner Weise in das System. Den Zweck der Umprägung der Zwei- und Fünfmarkstücke, auf das Verhältniß von 15½ Silber zu 1 Gold können wir noch nicht erkennen. Sollte damit beabsichtigt sein, den 172 Millionen Fünf- und Einmarkstücken die Eigenschaft der Scheidemünze zu entziehen, so wäre das eine Bresche in unser Münzsystem. Handelt es sich einzig um eine stärkere Benutzung des Silbers, so fehlt es uns an Aufklärung, wie dieser größere Aufwand sich bezahlt machen soll.

— Bezüglich der Lösung der griechisch-türkischen Verwickelung machte Sir Charles Dilke, der Unterstaatssekretär des Aeußern, in der gestrigen Sitzung des Unterhauses sehr interessante Mittheilungen. Er erklärte zunächst, die Lösung der Frage sei das Resultat der zwischen dem Botschafter Goschen und dem Fürsten Bismarck getroffenen Abmachungen, über welche Deutschland und England ganz einverstanden gewesen seien. Frankreich hätte die Front gewechselt, aber England sei nicht geneigt gewesen, deshalb das europäische Konzert zu brechen, da die Aufrechterhaltung desselben wünschenswerth sei, nicht nur weil es schwierige und bedenkliche Fragen der Vergangenheit gelöst habe, sondern weil es sie auch in Zukunft lösen könne. Der Werth des europäischen Konzerts sei nicht auf die Orientfragen beschränkt, sondern diene auch zur Lösung von Schwierigkeiten in anderen Welttheilen. Die armenische Verfassungsfrage, die türkische Finanzfrage seien durch das europäische Konzert zu lösen. Letzteres habe Europa in der Vergangenheit vor einem Kriege bewahrt und könne dies auch in Zukunft thun. Die Regierung habe kein unwürdiges Kompromiß adoptirt, um das europäische Konzert zu erhalten; sie habe nicht geglaubt, daß es im Interesse Griechenlands liege, das Konzert zu brechen und Europa in einen Krieg zu stürzen.

Veranlassung zu diesen Ausführungen gab das von dem konservativen Mitgliede für Eye, Ashmead Bartlett, beantragte Mißtrauensvotum gegen die Regierung wegen der von dieser in der griechischen Angelegenheit befolgten Politik. Das Haus lehnte den Antrag ohne Abstimmung ab.

— Aus Konstantinopel vom 3. Mai meldet man der „N.-Z.":

Die türkischen Rüstungen dauern nicht nur fort, sondern werden mit demselben Eifer wie bisher betrieben. Namentlich verschifft man von hier aus sehr viel Artilleriematerial nach den Dardanellen, nach Volo und Saloniki.

Weiter schreibt man derselben Zeitung aus Konstantinopel vom 2. Mai:

Augenblicklich ist die öffentliche Meinung durch die Vorgänge im Palais beschäftigt; den Mördern Abd-ul-Aziz wird bekanntlich der Prozeß gemacht und alle irgendwie bei der Absetzung betheiligten Personen werden zur Verantwortung gezogen. Redif Pascha und Mahmud Damat Pascha sind im Jildis Kiosk gefangen. Etwa 80 Offiziere der Garnison von Konstantinopel sind in entfernte Armeekorps versetzt, nur weil sie bei dem Ereigniß schon in der Hauptstadt waren. Nur an Midhat Pascha, der doch mit Hussein Avni an der Spitze der Revolution stand, hat man sich bisher nicht herangewagt. Doch soll seine Stunde bald gekommen sein.

Das „Berl. Tagebl." erhält aus Konstantinopel vom 6. Mai hierüber noch folgendes Telegramm:

Der türkische Botschafter in Berlin, Sadullah Bey, ist durch die letzten Erhebungen, welche in Sachen der Ermordung des Sultans Abdul-Aziz gepflogen worden sind, in seiner Position gefährdet und ist deshalb nach Konstantinopel berufen. Er wird beschuldigt, im Namen des Sultans Abdul-Aziz einen falschen Brief an Murad (den Nachfolger von Abdul-Aziz) geschrieben zu haben. Halbe Drohungen, welche dieses Schreiben enthielt, reizten Murad, die geplante Mordthat zu billigen und bewirkten die Ueberführung des unglücklichen Sultans Abdul-Aziz nach jenem Palaste, wo dann der Mord vollzogen wurde.

Ausland.

Petersburg, 30. April. Der 29. April, der Geburtstag des verstorbenen Zaren, ist vorübergegangenen, ohne daß die Erwartungen sich erfüllt hätten, welche besonders auswärts an diesen Tag geknüpft worden waren. Das Osterfest hat mancherlei Rangerhöhungen und Orden gebracht, wie gewöhnlich, aber keine Staatsereignisse, und wir leben in dieser Beziehung nach wie vor von der Hand in den Mund, ohne zu wissen, wovon wir morgen uns nähren werden, gespannt, voll Ahnungen, aber ohne klare Wege und Ziele vor uns. Das Dunkel des Weges, die Unsicherheit des Ganges ist nur größer geworden, seit der Hof nach Gatschina übergesiedelt ist. Dort in Gatschina wird täglich nach dem Ziele gesucht, dem man zustreben müsse, und keins ist gefunden. Schwanken, Zögern, Rathlosigkeit herrschen vor. Und wenn man die Umstände abwägt, so wird man ihnen die Ursache dieser Lage wohl zum guten Theil zuschreiben. Aber sie werden unterstützt auch von dem Charakter des Monarchen selbst, der in den ersten Tagen der Krisis sich zu entschlossenem Handeln aufraffte, um mit dem nachlassenden Sturm zu seiner natürlichen Krafthöhe herabzusinken. Der Zar ist keineswegs kraftlos, aber er ist auch kein Mann von schneidiger Initiative und nachhaltiger Energie. Und so sehen wir denn fast täglich Männer in den höchsten Stellungen kommen und gehen, ohne daß wir sagen könnten, dieses oder jenes System sei angenommen, diese oder jene individuelle Kraft dauernd in Thätigkeit gesetzt worden. Fast in sämmtlichen Ministerien haben seit dem 13. März nun die Männer schon gewechselt, ohne daß man zu festen Sitzen gelangt wäre. Nur Graf Melikow hält sich im Innern standhaft, wiewohl seine Kräfte kaum mehr reichen; Graf Walujew hat in alter Weise sich der Lage angepaßt und die Anschauungen Melikows angenommen. Aber — an einem Manne, einem wirklichen Staatsmanne fehlt es uns nach wie vor.

Die Spannung, in der sich seit dem 13. März Alles befindet, ist schädlich, gefährlich, je länger um so unerträglicher. Alle die Verhaftungen, Hinrichtungen, Aufspürungen von Druckereien und nihilistischen Centren, was haben sie geholfen und was helfen sie? Die Studentenkundgebung, die vor ein paar Wochen stattfand, zeigt genügend, daß es an Stoff für neue Nihilisten bei uns nicht fehlt. Die Prozeßakten haben sicherlich ganz wirksam agitirt — aber nicht für die Regiernng, sondern für die Nihilisten. Es ist das wieder eine der mancherlei doktrinären Anschauungen, die bei uns üblich sind: Weil in Europa es so Gebrauch, liberale Forderung ist, daß man in den politischen Prozessen die Oeffentlichkeit herrschen läßt, muß es auch in Rußland so gehalten werden. Man veröffentlicht die Anklageakte und die Verhandlungen, man richtet die Verbrecher vor einer Volksmenge von vielen Tausenden hin. Das Ergebniß ist, daß man Proselyten für den Nihilismus geworben hat. Auf welcher Seite war denn Alles, was den gemeinen Mann und frivolen oder fanatischen Angehörigen der feinen Welt anzieht: Energie, Opferfreudigkeit, Thatkraft, Muth? Die Wahl ist, wie mir scheint, nicht schwer, und selbst der Besonnene empfindet, daß, abgesehen von der Schandthat, die sittlichen Motive und Kräfte ganz zu Gunsten der Gehängten bei der Masse sprechen müssen. Und es kommt hinzu, daß die Gehängten und die Leute, welche nach der That die Proklamationen erließen an den Zaren, nur aussprechen, was Jedermann weiß und fühlt: daß es in Rußland so schlimm hergeht als möglich, daß die heutigen staatlichen Zustände unerträglich sind. Es ist wahr, was die Nihilisten sagen, und deshalb sieht der gemeine Mann mehr oder minder bewußt sie für Märtyrer an. Wenigstens kann man bereits Aeußerungen hören, die in diesem Sinne die Sachen auffassen und von Leuten, die vor dem 13. März solchen Ansichten noch fernstanden. Wie aber dem Elend, das um sich greift, der Mißregierung, die nicht weichen will, ein Ende machen? Woher die Leute nehmen, die ehrlich, die arbeitsam, die verständig, die ausdauernd sind? Erwägt man die Lage des Staates im Ganzen, so überläuft einen leicht ein Schauer über die Tiefe des Elendes, die Menge der Aufgaben, die Dürftigkeit der Mittel, die Hoffnungslosigkeit der Zukunft. Zerfahrenheit und Pessimismus ist unsere Signatur.

Einen Punkt indessen giebt es, wo ich beim Suchen im weiten Reiche noch glaube festen Boden zum Anker für das Wrack des Staates zu finden. Es ist die Religion. Das russische Volk ist tief religiös angelegt, aber es hat seit Jahrhunderten keine lebendige Religion gehabt, sondern nur versteinerte Formeln der Kirche. Man gebe ihm religiöses Bewußtsein und man darf hoffen, daß die sittliche Wirkung eine gewaltige sein werde. Wir besitzen darin genügende Erfahrungen. Welche Klassen in Rußland haben noch sittlichen Halt, welche sind die wohlhabendsten, geordnetsten, tüchtigsten? Es sind die Ketzer und Schismatiker der Staatskirche. Die Altgläubigen zeichneten sich stets aus, in neuester Zeit sind ihnen die Stundisten an die Seite getreten. Mit wunderbarer Schnelligkeit hat diese auf das einfache Bibelwort zurückgreifende, aus den südrussischen deutschen Kolonien entsprungene Sekte um sich gegriffen; Dorf um Dorf im Süden wendet sich von seinen Popen ab und den Bibellesern zu; und kaum ertönen dort die Psalmengesänge des Abends, so verwandelt sich das ganze Ansehen des Dorfes, es verstummt Zank und Rauferei, veröden die Schenken, verschwinden Diebe, Säufer, Faulenzer, und der Wohlstand beginnt zu wachsen. Das ist buchstäblich Thatsache. Man sollte nun meinen, der Staat müsse mit aller Kraft diese einfach auf die von dem verstorbenen Zaren angeordnete Freigabe des Bibel-Lesens gegründete Bewegung fördern. Aber statt dessen werden die Stundisten verfolgt, natürlich hauptsächlich seitens der herrschenden Kirche. Aehnliche Erscheinungen kann man hier mitten in der Residenz beobachten. In den Kreisen der feinen Gesellschaft wurde, besonders seit dem Auftreten des Lord Radstock in der Mitte der siebziger Jahre, eine, gleich der stundistischen auf die Bibel gerichtete, Bewegung bemerkbar. Lesen der Schrift und einfache Erklärungen des Bibeltextes, darin bestand der religiöse Kultus, der Tausende herbeilockte. Dann tauchte aus dieser Gesellschaft der frühere

Radstocks mit noch vermehrter Kraft fort. Der reiche Mann hielt in seinem Palast regelmäßige religiöse „Unterhaltungen", die einfach nur in Lesen und Erklären der Bibel bestanden, verbunden mit Gebeten. Die Menge der Jünger und Jüngerinnen mehrte sich rasch, man begann im großen Maßstabe werkthätig zu werden, die elegantesten Männer und Weiber gingen in die Höhlen der Armuth, die Gefängnisse, Fabriken, vertheilten Bibeln, Tröstungen, linderten das äußere Elend, pflegten Kranke, errichteten Suppenanstalten. Kein Tropfen Politik mischte sich in diese Arbeit, nicht einmal ein Wort gegen die Kirche machte die Bewegung verdächtig. Aber die Gefahr für die Autorität der Kirche war nichtsdestoweniger vorhanden. Denn diese Gläubigen des neuen Testaments verloren natürlich auch den äußeren Zusammenhang mit der Staatskirche, in dem sie bisher noch gestanden hatten. Es war, als ob das christliche Evangelium gestern erst verkündet worden wäre, es wirkte wie etwas gänzlich Neues, Unbekanntes, einer Gesellschaft gegenüber, deren Kirche seit acht Jahrhunderten eben auf diesem Evangelium äußerlich ruhte und die acht Jahrhunderte lang die Kenntniß des Evangeliums dem Volke vorenthalten hatte. Tausende strömten zu Paschkow, Hohe und Bettler, Greise und Kinder. Da setzte die Kirche es durch, daß die „Unterhaltungen" verboten wurden. Während die Anhänger Paschkows im geheimen zu wirken gezwungen wurden, erschien neuerdings der französische Prediger Reigné, und wieder riß die Predigt des einfachen Evangeliums die Menge fort, wieder drängt sich bei ihm Hoch und Niedrig, Kopf bei Kopf, und die religiöse Erregung wächst und wächst. — Das ist die Stelle, wo vielleicht die Rettung dieses Staates, oder besser dieses Volkes, dieser Gesellschaft zu erhoffen ist. Die Reformation des Katholicismus wird Europa im 16. Jahrhundert nicht mehr verwandelt haben als eine Reformation der griechischen Kirche im 19. Jahrhundert Rußland verwandeln würde.

(Köln. Ztg.)

Paris, 5. Mai. Die hiesigen amtlichen Kreise sind über den Gang der Ereignisse in Tunis höchst befriedigt und heben stolz das Haupt, weil die französische Armee sich bei dieser ersten Gelegenheit schon so äußerst brav benommen habe! Nichtamtliche Beurtheiler dagegen finden, daß der ganze Krieg im Grunde genommen nur eine Promenade ins Blaue bei Regen und Sumpf war, bei der die Truppen nirgends auf ernstlichen Widerstand stießen. Spötter aber meinen, daß die Franzosen in Tunis den Spaziergang nachholten, den sie weiland in Deutschland machen wollten und zu dem sie damals nicht kamen. Die Nachrichten aus Tunis sind immer dieselben und werden immer noch censirt. Nichts als elende, oft geradezu lächerliche Wiederholungen. Dieselben mitzutheilen, verlohnt sich nicht; zumal man aus sehr gut unterrichteten Quellen vernimmt, daß der Bey, um sich einen Theil seiner Machtstellung zu retten, sich schon bereit erklärt hat, die harten Bedingungen Frankreichs anzunehmen und ihm alles Gebiet, was auf der linken Seite der Medscherda liegt, zur Verfügung zu stellen. Der offiziöse tunesische Abgesandte, der sich augenblicklich in Paris befindet, hat, wie ich höre, das betreffende Abkommen bereits vereinbart, wenn auch noch nicht abgeschlossen. Ungeachtet dessen wird man die Operationen gegen die Krumirs fortsetzen, da der Bey, um wegen der Abtretungen gegen die Wuth seiner Unterthanen sicher gestellt zu werden, als der Besiegte erscheinen soll, der nur einem siegreichen Gegner nachgab und sich mit der äußersten Nothwendigkeit entschuldigen kann.

Provinzielles.

Stettin, 8. Mai. Der kolossale Stein, der durch die Kanalisationsarbeiten am Eingang der Papenstraße von der Breitenstraße nach dem Rosengarten aufgedeckt wurde und diese an ihrer Fortführung hinderte, ist am Freitag früh in zwei Theile gesprengt worden und sind diese erst Sonnabend Nachmittag vermittelst einer Winde gehoben worden. Die Hebung verursachte bei dem immerhin noch immensen Umfang der Hälften erhebliche Schwierigkeiten und wäre fast mit Verursachung eines größeren Unglücks verbunden gewesen, da nach fast vollendeter Hebung des einen Steins die Winde plötzlich umschlug und mit ihren vier großen starken Stangen bei dem großen Andrang Schaulustiger gewiß Unheil angerichtet hätte, wenn der Fall nicht gerade durch die Schwere des noch an der Winde befindlichen Steins verlangsamt worden wäre. Später wurde die Papenstraße auch für Fußgänger gesperrt und die Arbeitsstelle durch Barrieren gegen Andrang des Publikums gesichert. Die Hebung des zweiten Steins verlief jedoch glücklich, so daß hoffentlich die schmale, ziemlich verkehrsreiche Straße nunmehr durch raschere Vollendung der Kanalisationsarbeiten wieder dem vollen Verkehr übergeben werden kann.

— Der Ober-Präsident unserer Provinz, Herr Freiherr von Münchhausen, hat sich nach Straßburg i./E. begeben und wird von da nach Karlsbad zur Kur gehen.

— Die gestrige vom „Deutschen Reichsverein" nach dem „Bock" eingerufene Antisemiten-Versammlung war ziemlich zahlreich besucht, wenngleich der Saal auch noch bedenkliche Lücken aufwies. Herr Dr. Henrici sprach, nachdem der Vorsitzende des Vereins, Herr Dentist S c h e f f l e r die Versammlung eröffnet hatte, über „Die Innungsfrage" und benutzte dieses Thema zu starken Ausfällen gegen das Judenthum und dessen Anhänger. Die nach Schluß der mit getheiltem Beifall aufgenommenen Rede eröffnete Diskussion währte tumultuarischen Charakter an. Um 10½ Uhr wurde, nachdem ein dem Anschein nach sozialdemokratischer Redner das Wort ergriffen hatte und demselben solches wieder entzogen war, die Versammlung von Herrn Dr. Henrici plötzlich geschlossen. Wir kommen wohl noch auf den Verlauf derselben und ihre verschiedenen Redner des Ausführlicheren zu sprechen.

Vermischtes.

— Folgende Kronprinzen-Anekdote wird aus Künstlerkreisen von durchaus verbürgter Seite mitgetheilt: Der Kronprinz besuchte vor einiger Zeit, wie er dies öfters zu thun pflegt, das Atelier Anton von Werner's, bei welchem er wieder einmal ein Porträt zum Geschenke für eine fürstliche Persönlichkeit bestellt hatte. Als er in das Atelier eintrat, war der Meister selbst nicht anwesend, hingegen war einer seiner Schüler, ein talentvoller, junger Künstler an der Staffelei gerade damit beschäftigt, auf dem fast vollendeten Bilde die zahlreichen Orden, welche die Brust des Thronfolgers schmücken, zu malen. Unbemerkt trat der Kronprinz hinter dem Rücken des jungen Künstlers an das Bild heran, und plötzlich die Hand auf die Schulter desselben legend, sagte er zu dem überrascht sich Umwendenden: „Sie haben sich wohl auch nicht träumen lassen, daß Sie einmal Dekorationsmaler werden würden?!"

— Laut töne der Ruhm der Prinzessin Dagmar! Und warum? „Prinzessin Dagmar besitzt wunderbare Formen mit schön gebauten Schultern und herrlich geformtem Rücken, sowie ein äußerst muskulöses Kreuz. Ihre Schenkel lassen auf einen außergewöhnlichen Grad von Stärke schließen, während die Beine und Füße vielleicht die besten sind, die man gesehen. Der Hals steht in vollkommener Proportion zu den Schultern, ihr Blick drückt Klugheit und Energie aus. Alles in Allem ist sie der vollendetste Typus, wie ihn sich der enthusiastischste Liebhaber nur wünschen kann. Noch ganz jung, gewann sie schon . . ." Was gewann sie? Von wem ist überhaupt die Rede, wer ist das seltsame Mädchen, das mit dem Liebreiz ihres Geschlechts auch die Kraft des Jünglings verbindet? Nur Geduld, lieber Leser, da steht es deutlich: Prinzessin Dagmar ist eine — April-Hündin, Siegerin im „Waaterloo-Cup", deren Reingewinn genau 58 Pfd. beträgt. „Noch ganz jung, gewann sie schon einen Match ꝛc. . . ." — alles Nähere ist in der Zeitschrift „Land- und Wassersport" Nr. 13 vom 3. April 1881 S. 103 in dem Artikel „Windhundrennen in England" nachzulesen!

— Der „Clairon" will wissen, daß der Präsident der französischen Kammer, Leon Gambetta, auf dem Punkte stehe, sich mit Fräulein Durand, der Tochter eines sehr reichen Bankiers von Marseille, die ihm ein Vermögen von mehreren Millionen Francs zubringen würde, zu vermählen. Von zwei Schwestern des Fräulein Durand ist die eine an einen schwedischen Offizier, Namens Liewen, die andere an Herrn Roux de Freycinet, spanischen Marquis von Scombara, verheirathet. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Angabe des legitimistischen Blattes noch der Bestätigung bedarf.

Telegraphische Depeschen.

Wiesbaden, 7. Mai. Se. Majestät der Kaiser machte gestern nach Beendigung der Parade in Begleitung der Frau Großherzogin von Baden eine Spazierfahrt und arbeitete sodann mit dem Chef des Civilkabinets von Wilmowski. Später empfing der Kaiser den Besuch des Großherzogs und der Prinzessinnen Viktoria und Elisabeth von Hessen, welche zur kaiserlichen Tafel gezogen wurden, an welcher auch zahlreiche höhere Militärs theilnahmen. Abends erschienen die Herrschaften im Theater.

Der Herzog Paul von Mecklenburg und der Kontreadmiral Prinz Wilhelm von Hessen-Philippsthal sind hier eingetroffen.

München, 6. Mai. Der Prinz von Wales ist heute Abend 7 Uhr hier angekommen und nach einstündigem Aufenthalt nach Wien weitergereist.

Paris, 6. Mai. Nachrichten aus Tunis zufolge hat der Bey eine neue Protestnote erlassen, in welcher er um den Schutz der Mächte bittet und sein Schicksal in die Hände der Großmächte und der Türkei legt.

Konstantinopel, 7. Mai. Die Botschafter und die türkischen Delegirten werden allernächst, vielleicht schon heute oder morgen, zu einer Vorbesprechung in der griechisch-türkischen Grenzfrage zusammentreten.

London, 6. Mai. Unterhaus. Seitens der Regierung wurde beantragt, die Berathung der Bill über den Parlamentseid auf nächsten Dienstag, Nachmittggs 2 Uhr, anzuberaumen. Balfour beantragte, die Worte 2 Uhr fortzulassen. Dieser Antrag wurde mit 128 gegen 122 Stimmen verworfen, worauf Ritchie den Antrag einbrachte, die Debatte über die Bill noch zu vertagen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde die Vertagung der Debatte mit 127 gegen 115 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Schließlich willigte indessen die Regierung in eine Vertagung.

London, 7. Mai. Nach Unterzeichnung der griechischen Grenkonvention wird der englische Botschafter in Konstantinopel, Goschen, durch Lord Dufferin ersetzt werden und an Stelle des letzteren Thornton als Botschafter nach Petersburg gehen.

Dem „Standard" zufolge ist